

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spediteur entgegengenommen.

Neuer

Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, 80, Kaiser Franz-Grenadier-Str. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfzeiliger Zeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfzeilige Zeile oder deren Raum 20 Pf. Sogenannte Reklamirungen werden nicht aufgenommen.

Abonnement-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 85 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnement pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 8 Rm., für Niederlande und Belgien 8 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 50 Pf., für England und Amerika 3 Rm. 55 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnement sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

Abonnement-Einladung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß man auf unser Blatt für den Monat Dezember bei allen Postanstalten für 0,54 Mark, so wie in Berlin bei unseren Speditoren für 0,65 Mark frei in's Haus abonniren kann.

Im Post-Zeitungs-Katalog ist unser Blatt unter Nr. 2554 eingetragen, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Wir hoffen, daß unsere Freunde und Parteigenossen diese Gelegenheit zu einem zahlreichen Abonnement benutzen werden.

Die Expedition des „Neuen Social-Demokrat“.

Inhalt.

Wo anfangen? Deutscher Reichstag. Politische Uebersicht: Fürst Bismarck. — Aus Braunschweig. — Die Straßberger-Kommission. — Fürst. — Die Angelegenheit Hoffrichter. — Aus Pest. — Folgen der Reichsherrschaft. — Nachträgliche zu den letzten Berliner Hausfahrungen. — Großer Kulturfortschritt. — Berliner Börsenleben. — Ein nettes Spioniersystem. Jüngere Parteiangelegenheiten. Korrespondenzen: Reichenbach. — Erfurt. — Hamburg.

„Wo anfangen?“

Die „Deutsche Landeszeitung“ ist eins der wenigen Blätter, welches, obschon es auf Seiten der Bourgeoisie steht, seine Augen nicht vor den gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnissen verschließt und deren Haltlosigkeit und jämmerlichkeit anerkennt. Schon neulich brachte das genannte Blatt eine kurze Kritik über unsere heutigen Zustände, der wir unsere Anerkennung nicht verjagen konnten. Auch in ihrer letzten Wochenrundschau spricht die „Deutsche Landeszeitung“ bezüglich der ökonomischen Lage, in der wir uns seit dem großen Krach befinden, Ansichten aus, auf die hier näher einzugehen wir nicht umhin können.

Die „Deutsche Landeszeitung“ schreibt nämlich: „Die innere Lage bei uns hat viele dunkle Stellen; ein wenig mehr Licht“ thäte Noth. Man fühlt allseitig, daß es so nicht mehr fortgehen kann, und doch weiß man nicht, oder ist wenigstens unschlüssig: wo anfangen? Der wirtschaftliche Verkehr stockt, nirgends geht Handel und Wandel, und dabei entblättert sich eine Aktienrose nach der anderen, die Course sinken und sinken bis auf Null und selbst die schönen und schweren Bahnen werden leichter und leichter. Die Magdeburg-Halberstädter ist schon bis auf 38 gesunken, — und das Klagen hinterher über den Verlust seines so mühsam erarbeiteten Spargroschens hilft alsdann zu — Nichts. „Hin ist hin! Berloren ist verloren!“ heißt es bei der Börse. Von dieser kann man auch sagen: „Sie will uns damit locken, daß wir glauben sollen, sie sei unsere rechte Mutter und wir ihre lieben Kinder u. s. w.“

Und wenn wir nun aus den hier zu Tage geförderten Ansichten die letzten Konsequenzen ziehen, wenn wir uns diese große Willkürherrlichkeit in ihrem ganzen Umfang vor Augen führen, so müssen wir allerdings noch zu einem völlig anderen Resultate gelangen, als jenes Bourgeoisblatt.

Nicht bloß „viele dunkle Stellen“ finden wir an unserer inneren Lage, sondern wir müssen uns überhaupt eingestehen, daß Alles, Alles „Schwarz“ und „dunkel“ bei uns ist und sich in der That auch nicht eine lichte Seite zeigt.

Das Sinken der Aktien, worüber die „Deutsche Landeszeitung“ jammert, berührt uns wenig. Ja, auf der einen Seite freut es uns sogar, daß die Herren Compositoren und Dividenden-Schimmel einmal aus ihrem Goldtaumel herausgerissen und in ihrem Glauben an die Unschlabarkeit des goldenen Kalbes stark ernüchtert worden.

„Das Klagen über den mühsam erarbeiteten Spargroschen“ muß jedem Socialisten — die „Deutsche Landeszeitung“ hat es ja hier in erster Linie mit den Kapitalisten zu thun — ein Lächeln entlocken. Welchen Begriff unsere Gränder vom „Sparen“ haben und was bei ihnen „eigenes Geld“ zu bedeuten hat, lehrt uns am besten jener Vorfall, der sich unlängst an der Berliner Börse zutrug, wo nämlich ein Häuserpekulant der Kaiserstadt einem seiner Kollegen seinen jüngsten Geldverlust von 25,000 Mark mit folgenden wehmüthigen Worten verkündete: „Und denken Sie sich, Herr Commerzienrath, unter den 25,000 Mark, welche mir flüchtig gegangen sind, befanden sich mindestens 150 Mark von meinem eigenen Gelde.“

Ja, so liegt es in der That! — Die gegenwärtige Krise trifft unsere Rothschilde, Bleichröder u. s. w. am wenigsten. Entbehrt doch Strousberg selbst in seiner Gefangenschaft nicht im Geringsten des Komforts und der Bequemlichkeit, die er genoss, als er noch auf freiem Fuße lebte. Wie also sollten unsere Gränder u. s. w., die noch nicht wegen Betrugs und Bankrotts angeklagt und die ehrlichsten Männer von der Welt sind, sich über die Ungunst der Zeitverhältnisse beklagen können?

Der Arbeiter ist es in der That, der eine solche Handelskrise, wie die gegenwärtige, am drückendsten empfindet. Er, der von der Hand zum Mund lebt, der Nichts als seine Arbeitskraft sein eigen nennt und lebt, wenn er im Dienste des Kapitals sich zum Krüppel gearbeitet hat, als Invalid der Arbeit noch schlechter dasteht, als die Invaliden des Kriegs-Molochs, hat noch mehr Grund über die gegenwärtige Lage zu murren, als ein Bourgeois, dessen Aktien auf Null stehen.

„Wo anfangen?“ ruft die „Deutsche Landeszeitung“ angesichts der trostlosen, gänzlich ruinirten ökonomischen Verhältnisse aus, — ja, nur ein Blatt, das nur die Interessen einer Klasse, nicht die des ganzen Volkes vertritt, kann in der That keinen Ausgang aus dem Irrgarten der Zeit sehen.

Es giebt nur einen erlösenden Weg aus diesem dunklen Labyrinth und der heißt: Beseitigung der heutigen Produktionsweise. So lange noch, um mit der alten Bibel zu reden, dem Ochsen, der da bräht, das Maul verbunden wird, das heißt, so lange der Arbeiter nicht den unverfügbaren Ertrag seiner Arbeit erhält, so lange wird es dunkel bei uns bleiben und auf die Frage: „Wo anfangen?“ werden wir keine Antwort haben.

Und wer es ernst meint mit der Besserung unserer heutigen Zustände; wer das Elend des Volkes erkannt hat, der muß auch gegen die heutige Produktionsweise Front machen, der muß sie zu beseitigen suchen.

Die heutige Produktionsweise erzeugt wohl den Reichtum Einzelner, aber sie hat auf der anderen Seite die Verarmung und Verkümmung der Massen in ihrem Gefolge.

Daher führt auch nicht das Schildern unseres heutigen Rothstandes eine Besserung herbei und die Anklagen und Prozesse gegen die Gränder und Schwindler schaffen die Gränder und Schwindler nicht aus der Welt, sondern nur, wenn das Volk in seiner Mehrheit sich zum Socialismus bekennet, wenn es vor allen Dingen die Ursachen der Verbrechen, anstatt die Verbrecher selbst, wie es jetzt geschieht, beseitigt, dann wird die Zeit kommen, wo Licht geworden ist, auch an den Stellen, die vorher noch so dunkel waren.

Deutscher Reichstag.

Die erste Lesung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Erhöhung der Brausteuern.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)
Präsident: Wir geben über zum zweiten Gegenstand der Tages-Ordnung: Erste Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Erhöhung der Brausteuern (Nr. 42 der Druckfaden). Ich eröffne die erste Berathung hiermit und ertheile das Wort dem Herrn Reichskanzler.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Wenn ich erst heute, meine Herren, zum ersten Male in Ihrer Mitte zu erscheinen und das Wort zu nehmen vermag, so rechne ich auf Ihre Rücksicht, wenn ich damit beginne, hierüber mein Bedauern und meine Entschuldigung auszusprechen, daß ich bei der Eröffnung des Reichstages und bei den bisherigen Arbeiten nicht habe zugegen sein können. Ich kann Sie versichern, daß nur Körperliches Unwohlsein mich davon abgehalten hat, indem ich erst in den letzten Wochen, wo die Witterung kälter und trockener wurde, einigermaßen die Erholung gefunden habe, die ich erwartete und sie gern noch weiter gesucht hätte, wenn nicht mein eigenes Pflichtgefühl mich in Ihre Mitte geführt hätte, und andererseits auch die mehrfach nicht mißzuverstehenden Appellationen an dieses Pflichtgefühl von Seiten eines geehrten Mitgliedes dieser Versammlung, des Herrn Abgeordneten Richter. Gerade von seiner Seite finde ich es eigentlich nicht ganz billig, so streng zu urtheilen, und er wird sich selbst nicht im Unklaren sein, daß gerade er wesentlich dazu beitrug, das an und für sich mühsame und angreifende Geschäft einer ministeriellen Existenz nach zu erschweren; (Weiterkeit) und wenn in Folge dessen einer krank wird, so sollte er gegen denselben etwas nachsichtiger sein. Ich kann — ich will nicht sagen einen Trost, aber eine Genugthuung finden in der Hoffnung, daß, wenn er einmal, wie ich von seinen Anlagen überzeugt bin, in einer ähnlichen ministeriellen Existenz sich befindet, er auch seinen Richter finden wird. (Große Weiterkeit.) Röge er auch denselben dann, in derselben Weise wie ich, ohne Bitterkeit und mit Anerkennung des sachlich Worthvollen und Verdienstvollen in einer sachlichen Opposition beurtheilen, und möge auch ihm dann der Rückblick auf eine fast vierzehnjährige angestrengte, pflichttreue und zum Theil nicht erfolglose Thätigkeit darüber hinweghelfen, daß man es nicht allerzeit Jedem recht machen kann und nicht immer genügende Kräfte dazu hat. Ich bin wirklich in einer schwierigen Stellung. Wenn ich erkläre, daß meine Kräfte nicht mehr den Arbeiten genügen und ich gefundener Kräfte Plan machen muß, so wird das von

*) Wir geben die sämtlichen Reden über die Brausteuern nach dem stenographischen Bericht, da die Redner aller Parteien, selbstverständlich mit Ausnahme der Socialisten, geehrt haben, daß sie nicht gewillt sind, entschieden gegen die indirecten Steuern vorzugehen. Die Red.

mehr als einer Seite als eine Art von Felonie betrachtet, und namentlich die Presse appellirt an mein Pflichtgefühl, an meine Vaterlandsliebe, an mein Ehrgefühl, während mir der Appell an einen Arzt, der mir helfen könnte, erwünschter wäre. Die Presse geht ja dacin so weit, daß sie mir jetzt auch in dünnen Worten vorgeworfen hat, ich verzehre mein Gehalt in Paris. Das ist ein faktischer Irrthum: mein Gehalt habe ich hier in Berlin verzehrt, ehe ich Berlin im Sommer verlasse. (Weiterkeit.)

Nach diesen Ihrer Rücksicht empfohlenen Worten pro domo trete ich der Sache näher, indem ich mich zuvörderst an die Aeußerungen meines Kollegen im Bundesrath, des Herrn Camphausen, — ich siehe es vor, abthätlich ihn nicht als preussischen Finanzminister in diesem Kreise zu bezeichnen, sondern als Mitglied des Bundesraths — indem ich mich dessen Aeußerungen vollständig dahin anschließe, daß auf keinem Gebiete des Staatslebens die Entscheidung des Reichstages in unanfechtbarer Instanz zweifellos ist, als auf dem der steuerlichen Fragen, auf dem der Entscheidung über die Art, wie wir die Mittel aufbringen wollen, die wir für unser Staatswesen im Reich und auch in den einzelnen Staaten mutatis mutandis gebrauchen. Also sie sind in der Lage, vollständig mit der Rücksicht des Mächtigen, möchte ich sagen, zu verfahren und sine ira et studio die Sache zu behandeln, lediglich aus dem Gesichtspunkte: ist es zweckmäßiger, daß die Mittel, die wir brauchen, zum Theil in der Ihnen vorgeschlagenen Form aufgebracht werden oder nicht? Wenn eine Regierung nicht einmal in Finanzfragen die Rechte der Landesvertretung unbedingt und auch bis in die Formen hinein achten wollte, so wäre eben der Konstitutionalismus in ihr doch noch nicht zu den ersten Anfängen gelangt. Seien Sie in der Beziehung unbefangt und seien Sie entgegenkommend in dem Gefühl Ihrer Stärke, die auf diesem Gebiete unantastbar ist. Sie selbst werden doch aber wünschen, daß die Mittel, deren das Reich bedarf, so aufgebracht werden, wie es den Steuerzahlenden am bequemsten und am leichtesten ist und wie es für die Befestigung, für die Konsolidirung des Reichs am nützlichsten ist, und deshalb liegt die Frage allein so: entsprechen diese kleinen, vielleicht gerade durch ihre geringe Tragweite hindurchenden Vorlagen — entsprechen die diesem Zweige oder nicht? Ich erwähne ausdrücklich den geringen Umfang, die geringe Tragweite; denn von allen Gründen, die dagegen meines Wissens eingewendet sind, ist der meiner Empfindungsweise am nächsten verstanden, daß Sie sich eine weitergreifende Steuerreform wünschen. Aber es ist das immer noch kein Grund, eine partielle, eine Abschlagszahlung auf die Reform von der Hand zu weisen. Der fundamentalen Reform haben in der Erfahrung meines politischen Lebens immer nicht nur diejenigen angehangen, die sie wirklich wollten, sondern auch diejenigen, die die Sache überhaupt nicht wollten, aber sie nicht bestreiten mochten und deshalb ihren Widerspruch darin setzten, daß sie etwas Besseres für den Augenblick aber nicht Erreichbares wollten und deshalb das für den Augenblick Erreichbare angebotenermaßen ablehnten. Ich erinnere an die langjährigen Strömungen, die wir in Beziehung deutscher Reformen erlebt haben. Beherrigen wir dabei doch wohl das gute alte Sprichwort: Das Beste ist des Guten Feind!

Eine totale Steuerreform, inclusive der Einkommen — wer wünschte sie nicht! Aber sie ist eine Herkulesarbeit, die man verständig angefaßt haben muß in der Eigenschaft eines verhältnismäßigen Vaten, wie ich es bin, um ihre Schwierigkeiten vollständig zu überleben. Mit einem Juge an diesem Rege, unter dem wir jetzt in steuerlicher Beziehung gefangen sind, da streuen alle Maschinen bis in die kleinsten Staaten hinein; jeder hat seine besonderen Wünsche. Eine vollständige Reform kann nicht zu Stande kommen ohne eine bereitwillige, thätige, in die Hände arbeitende Mitwirkung jeder einzelnen paritätischen Regierung mit dem Reich. Denn ich kann es nicht als eine Reform ansehen, wenn lediglich neue Reichsteuern aufgelegt werden, ohne daß alte erlassen werden. Ich will über die Frage des Bedürfnisses mit Ihnen gar nicht streiten, ob es richtig ist, daß man sich noch ein oder zwei Jahre ohne Steuern behelfen kann, ob in dem Falle, daß man es kann, es richtig ist, daß man es thut. Diese Frage zu vertreiben, will ich sachkundigeren Personen überlassen; ich selbst will mich nur über meine prinzipielle Stellung zu dieser Reformfrage aussprechen.

Die einzelnen Bundes-Regierungen müssen bei einer Reform ihrerseits so viel Steuern aufheben, wie sie an Matricular-Beiträgen ersparen; das zu erreichen, sind aber nicht dem Reichstage, sondern sind den einzelnen Landtagen die Mittel gegeben. Aber erst dann, wenn wir ihnen die Matricular-Umlagen erleichtern, ist es Aufgabe der einzelnen Landtage, Preisgebatterien gegen ihre Ministerien aufzuführen, daß die entsprechend der Erleichterung nun auch die drückendsten Steuern in dem einzelnen Lande erleichtern. Das gleichzeitig gewissermaßen Zug um Zug zu machen — ich sehe die Form nicht, in der das geschehen könnte, ich würde mich sonst sehr sehr dazu erbitten.

Ich weiß nicht, ob die Gedanken, die ich über Steuer-Reform habe, im Allgemeinen Anlang finden; es würde mich, wenn sie den nicht finden, auch das nicht abhalten, sie nach meiner Ueberzeugung zu verfolgen und abzuwarten, in welcher Weise es gelingt, sie bei den bewilligenden Körperschaften durchzubringen. — Wenn ich zuerst vom Standpunkte lediglich des Reichs spreche, so habe ich das Bedürfnis einer möglichen Verminderung, wenn nicht vollständigen Beseitigung der matricularen Umlagen. Es ist das wohl kaum bestritten, daß die Form der Matricular-Umlage eine solche ist, die den contributiblen Staat nicht gerecht nach dem Verhältnis seiner Leistungsfähigkeit trifft. Ich möchte sagen, es ist eine rohe Form, die zur Abhilfe dienen kann, so lange man in dem ersten Jugendalter des Reichs denselben eigenen Einnahmen zu verschaffen nicht vollständig in der Lage war. Ist es aber anerkannt, daß es eine Steuer ist, die nicht gerecht trifft, so gehört sie von meinem politischen Standpunkte als Reichskanzler nicht zu den Mitteln, die das Reich konsolidiren. Das Gefühl, zu ungerathenen Leistungen herangezogen zu werden, entwickelt das Bestreben, einer solchen Ungerechtigkeit sich zu entziehen und verstimmt.

Also aus dem Gesichtspunkte der Befestigung des Reichs — das Reich ist jung im Vergleich zu den einzelnen Staaten — ich möchte sagen, bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutschland im Laufe der Jahrhunderte ausgegesetzt worden ist, und deren Heilung jetzt versucht ist, da ist der callus noch nicht wieder so oft verwachsen, daß nicht Verstärkungen oder ein starker Druck parlamentarischer Machtprobe und dergleichen das Reich empfindlicher treffen sollten, als den Matricularstaat. Denn dem uns eingeborenen Stammesgefühl entsprechend, ist ja bei uns die Existenz des Partikularstaates bisher viel mehr in aequo et sanguine gebrungen, viel naturmäßiger, ich möchte sagen noch heutzutage lebenskräftiger zum Ueberdauern von Stürmen, als das neue Reich. Je mehr gemeinsame Reichsarrangements wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich. Wenn das Reich zu Grunde geht, was Gott verhüte und verhüten wird, so würde ja die Sache sich nicht in nichts auflösen, wie bei anderen Staaten, sondern es würde der status quo

ante eintreten. Der preussische Particularismus, der mächtigste und bei weitem gefährlichste, mit dem wir zu thun haben, (Heiterkeit) würde aufzuheben in einer ungemein lebensfähigen Weise. Also das Unglück, das Reich zu verlassen, ist für unsere deutsche patriotische Empfindung ein außerordentlich schlimmes; aber materiell ist eine Wiederherstellung einer dem alten Bundesverhältnis ähnlichen Einrichtung vielleicht für Jeden auszuhalten, der nicht etwa selbst Bundesstags-Gesandter gewesen ist. (Heiterkeit.)

Ich sage dies nur, um Sie zu bitten, das Reich in seinen Institutionen nach Möglichkeit, auch in den kleinsten Dingen, zu schonen und zu pflegen und denen, die sich überbürdet fühlen und, wie ich glaube, mit Recht überbürdet fühlen, etwas mehr Liebe und Schonung und nicht die rein theoretische Härte entgegenzutragen.

Ich kam über meine Gemüthsbeugung gegen parlamentarische Bestimmungen von der Frage der Reform ab, um Ihnen zu sagen, wie ich sie verstehe. Ich glaube, daß die Pflicht habe, meine Meinung darüber darzulegen, und daß ich vielleicht Manches Ueberzeugung anstoße, wenn ich mich von Hause aus wesentlich für Ausbringung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern erkläre und die direkten Steuern für einen hartem und stumpfen Nothbehelf, nach Kecklichkeit der Matricular-Beiträge, halte, mit alleiniger Ausnahme, ich möchte sagen, einer Anstandssteuer, die ich von den direkten immer aufrecht erhalten würde, das ist die Einkommensteuer der reichen Leute, — aber wohlverstanden, nur der wirklich reichen Leute. Die heutige Einkommensteuer, wie sie bis zum Vermögen von 1000 Thalern geht, trifft nicht bloß reiche Leute. Es giebt Lagen des Lebens, in denen man mit 1000 Thalern wohlhabend ist, das ist richtig; es giebt aber auch Lagen, in denen man mit 1000 Thalern sehr gedrückt und genirt lebt, wo man nur mit Mühe die Kindererziehung, die äußere Erziehung, die Erziehung, die Wohnung bestreift. — Sie werden sagen, es sind das Ideale, die ich vortrage. Ich glaube aber, Sie haben ein Recht, die Ideale Ihres verantwortlichen Beamten zu kennen. (Heiterkeit.)

Ich glaube, man sollte von den direkten Steuern als eine Anstandssteuer die Einkommensteuer beibehalten, aber nicht als Finanzsteuer, mehr als Ehrensteuer. Dieselbe kann so ungebührlich viel nicht bringen, wenn sie nur von den wirklich Reichen gezahlt wird. Wenn Sie die Steuerlisten ansehen und streichen die Einkommensteuer von 1000 Thalern und bis zu 2000 Thalern und ziehen nur diejenigen zur Einkommensteuer heran, die unter allen Umständen als wohlhabend zu betrachten sind, dann halte ich die Steuer für eine richtige, aber nicht einträgliche. Im Uebrigen aber ist das Ideal, nach dem ich strebe, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen.

Ich weiß nicht, ob Sie eine französische Stimme vor Kurzem in den Zeitungen gelesen haben, die sich darüber wunderte, daß wir Deutsche, im Vergleich mit Frankreich, unsere Steuerlasten so ungebührlich fragen, Frankreich zahle doppelt so viel, hätte viel mehr Ursache zur Unzufriedenheit, und in Frankreich würde über Steuerdruck in keiner Weise gemurmelt, während in Deutschland alle Blätter und alle parlamentarischen Keuschungen darüber voll wären. Ich will über die Wichtigkeit dieses Urtheils nicht streiten; die deutsche Gebuld ist ja sonst spröde, aber vielleicht nicht der eigenen Regierung gegenüber; (Heiterkeit) ich glaube aber, daß es wesentlich darin liegt, daß in Frankreich wie in England die überwiegende Klasse der Staatsbedürfnisse durch indirekte Steuern aufgebracht wird. Die indirekten — was auch theoretisch darüber gesagt werden mag, faktisch ist, daß man sie weniger fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wie viel der Einzelne bezahlt, wie viel auf andere Mitglieder abgehoben wird. Von der Klassensteuer weiß er ganz genau, was auf ihn kommt, und es ist so wunderbar, wenn man bei indirekten Steuern mit einem Mittel, was ich mir früher einmal als heuchlerisch zu bezeichnen erlaubte — ich will den Ausdruck heute nicht wiederholen, um nicht denselben Unwillen zu erregen — von der Peitsche des armen Mannes, von dem Pakt des armen Mannes spricht und demselben armen Manne seine Lebensluft, seinen Athem bestreut, — denn die direkte Steuer muß er zahlen, er atmet; wenn er stirbt, ist er frei — bei direkter Steuer wird nicht darnach gefragt: kannst du deinen Trunk Bier unter Umständen entschließen? kannst du weniger rauchen? kannst du die Befestigung des Abends einschränken? sondern sie muß er zahlen, er mag Geld haben oder nicht, er mag verschuldet sein oder nicht. Und was das Schlimmste ist, es folgt die Exekution, und nichts wirkt auf die Gemüther mehr, als das Exquiriren von Steuern wegen weniger Groschen, die für den, der sie zahlen soll, augenblicklich unerschwinglich sind; der Grobian ist gleich einer Willeh von den, der ihn nicht hat und ihn nicht im Augenblick der Fälligkeit erschwingen kann und der sich sagt, so und so viel kriegt dieser Beamte Gehalt, so und so viel geht auf ungebührliche Ausgaben, und ich werde hier um mein bisschen Geld exquirirt. Solches Übel kommt von direkten Steuern. Kost mir die direkten Steuern den städtischen Verwaltungen, möchte ich als Landbewohner sagen, dann wird der starke Bezug nach den Städten einigermaßen mit der Zeit aufhören. Für den Staat aber ist es meiner Ueberzeugung nach Aufgabe, nach Analogie von England, von Frankreich nach indirekten Steuern zu streben. In Frankreich lenne ich wohl die Grundsteuer; diese hat aber in ihrer dauernden Wirkung nicht mehr die Natur einer Steuer, sie hat bei der Auslegung nur die einmalige Wirkung einer Kontribution, eines bestimmten nähigen oder unnähigen Vermögensantheils; aber im Uebrigen hat sie nicht die Wirkung einer Steuer, sondern die einer Realabgabe, die der nächste Käufer oder Erbe übernimmt. Man hat sich daran gewöhnt und hat von Grund und Boden nichts mehr gefürcht.

Ich bete nun mich unbedingt zu dem System der indirekten Steuern; ich glaube auch, daß die indirekten Steuern sich viel mehr in das Niveau, das Gleichgewicht setzen in Beziehung auf die Frage, wer sie denn eigentlich trägt, als man gewöhnlich annimmt. Wenn ich, um mich von der Sache nicht zu entfernen, der Reizung, von der Schlachtsteuer zu sprechen, widerstehe und mich an die Biersteuer halte, so bin ich der Meinung, daß auch der Nichtbiertrinker an dieser Biersteuer seinen erheblichen Antheil tragen wird. Er braucht Dienstleistungen in großer Menge; nicht trotz die direkten Dienstleistungen eines Domestiken im Hause, der doch auch an das Bier gewöhnt ist und daselbe mit in seinem Lohn verlangt, sondern Dienstleistungen, die sich die Handwerker untereinander leisten. Ich werde in dem Paar Stiel das Bier, das der Schuhmacher zu trinken pflegt, und das zu seinen täglichen Bedürfnissen und Gemüthlichkeiten gehört, vergüten müssen pro rata parte. (Heiterkeit.) Und so könnte man die Beispiele bis in's Unendliche vervielfältigen; durch verkauertes Brod, durch verkauertes Bier und durch verkauertes Fleisch wird eben jede der Dienstleistungen, die wir von einander verlangen, um so viel verkauert, als nötig ist, um den Dienstleister respektive Befestiger des gebrauchten Objectes in die Lage zu versetzen, daß er seinen Bedürfnissen nach existiren kann. Ich glaube, daß auf diese Weise die indirekten Steuern sich von selbst vollständig in's Gleichgewicht bringen.

Mein Bestreben wäre also Verminderung der Matricularbeiträge, so weit es sein kann. Zur gänzlichen Abschaffung ist es noch sehr weit hin, und da möchte ich auch dem Notize der Beibehaltung entgegenzutreten, welches daraus entnommen wird, daß das Bewilligungsrecht eines Satzes der Matricularbeiträge eine parlamentarische Maßfrage wird. Die Macht des Reichstags beruht auf Recht, Gesetz und Verfassung. Eine nicht bewilligte Ausgabe wird ganz sicher nicht geleistet, und mit einer Regierung, die unbewilligte Ausgaben zu leisten gezwungen ist, wird auf die Dauer kein verfassungsmäßiges Auskommen sein. Ihre Macht ist meines Erachtens vollständig gewahrt; aber selbst, wenn Sie mehr bedürfen, so sollten Sie lieber suchen, diese Macht auf dem Gebiete der Territorialverfassungen zu üben; die stehen fester, und als Reichskanzler habe ich nicht dafür zu sorgen, wenn Sie von Ihrer Opposition bedrängt werden. Das Reich ist wirklich, ich wiederhole es, noch nicht in sich verfallen genug, um der Boden zu sein, auf dem Kraftproben angestellt werden können. Indessen wir kommen diesem Punkte noch lange nicht nahe; so viel ich mich an die Bismarck'schen handelt es sich hier um 13 oder 14 Millionen Mark für die beiden Steuern gegenüber den 87 Millionen Mark Matricularbeiträgen. Es fragt sich bloß, ob Sie uns helfen wollen, einen Schritt in der Richtung einer Reform zu thun, wenn wir die ganze Reform nicht leisten können — die letztere wird in erster Linie immer im Reiche anfangen müssen, die Particularstaaten können erst nach und nach folgen, auch die Rolle stehen dem Reiche zu —, daß wir in unseren Zöl-

len, ganz unabhängig von der Frage, wie hoch jedes Einzelne besteuert werden soll, und doch freimachen von dieser zu großen Rolle von selbstpflichtigen Gegenständen, (hört! hört!) daß wir uns auf das Gebiet eines reinen einfachen Finanzsystems zurückziehen (hört!) und alle diejenigen Artikel, die nicht wirklich Finanzartikel sind, d. h. nicht hinreichenden Ertrag geben, über Bord werfen, — die zehn oder fünfzehn Artikel, die die größte Einnahme gewähren, so viel abgeben lassen, wie wir überhaupt aus den Zolleinkünften für unsere Finanzen nehmen wollen. Als solche Gegenstände der Verzollung und zugleich einer entsprechenden Besteuerung im Inlande sehe ich im ganzen an diejenigen Verzollungsgegenstände, deren man sich, ohne das Leben zu schädigen, in gewissem Maße wenigstens zu enthalten vermag, wo man in gewissem Maße den Regulator seiner eigenen Beiträge zum öffentlichen Steuerhaushalt in so weit la der Hand hat, daß man weiß: wenn ich zwei Seidel trinke, so zahle ich zwei Pfennige, — so viel mag darauf kommen, ich weiß es nicht, — und wenn ich zehn Seidel brauche, so zahle ich zehn Pfennige. Dasselbe ist der Fall mit dem Kaffe und vor allen Dingen mit dem Tabak; ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuere, so sehr ich jedem Raucher des Vergnügens gönne. Analog sieht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und allen diesen großen Verzollungsgegenständen, gemessen nach den Luxusgegenständen der großen Klasse. Die Luxusgegenstände der Reichen würde ich sehr hoch zu bezeichnen geneigt sein; sie bringen aber nicht viel: Trüffel und Equipagen, was können sie bringen? Da kommen wir in eine Reihe kleinlicher Gegenstände, ausländische Toilettengegenstände und dergleichen; ich würde sie mit dem Golle, unter Umständen sehr hoch, lassen; sie sind ja eigentlich noch nützlicher wie der Tabak, recht schwer belastet zu werden.

Inzwischen ich will darüber keine Rathschläge geben, sondern nur im Allgemeinen das System entwerfen, nach dem ich streben würde, wenn sich dieses Bestreben so leicht realisiren ließe wie die Gedanken, die eben im Kopfe bei einander wohnen, aber — im Raume stehen sich fünfzehnartig Regierungen; sie darüber einig zu machen und die verschiedenen Interessenten und die Parlamente, — ja selbst schon die Ministerien in sich und die eigenen Mitarbeiter, wie wir hier bei einander sitzen, sehr einig unter uns, würden, vollständig ausgeschaltet, eine Menge einander bekämpfender Gedanken zum Vorschein bringen, (Heiterkeit) die man um des Friedens willen sich verschweiget, und da ist die Herstellung einer Einigung über große durchgreifende Reformen eine Herkulesarbeit, für die eine ganze Compagnie von Herculesen — wenn der Plural erlaubt ist — nicht ausreichend wäre, und wie aufreißend heutzutage eine ministerielle Krisis ist — ich spreche gar nicht von der meiningen —, das sehen die Herzen vor sich, die im Landtag, im Reichstag, im Bundesrath fortwährend beschäftigt sind. Wo soll denn die Welt herkommen, in der irgend Jemand, geschweige die große Menge, die daran mitzuwirken hat, in voller Ruhe und mit derjenigen Besonnenheit, die ein distanzionsfähigstes Werk verlangt, dergleichen auszuarbeiten im Stande wäre. Die Arbeit kann auch dadurch nicht gefördert werden, wenn, wie der Herr Abgeordnete Richter empfahl, anstatt der jetzigen reichsanzeilerischen Verfassung dem Reiche ein kollegiales Ministerium gegeben würde. Ein Jeder, der eine Zeit lang Minister gewesen ist, weiß, wie viel langwieriger, schwieriger, aufreibender und angeleider für jeden einzelnen Beteiligten ein kollegiales Ministerium arbeitet. Außerdem fällt ja die Verantwortlichkeit auf die der Herr Abgeordnete Richter immerhin doch auch einen konstitutionellen Werth legt, vollständig weg, sobald ein Kollegium entscheidet. Es ist eine reine Fiktion, daß dem kollegialistisch abstim-menden Ministerium die Verantwortlichkeit zufällt für das, was geschieht ist; ganz abgesehen davon, daß man in der Minorität sein kann, nicht bloß bei positiven Vorschlägen, sondern daß man dasjenige, was man gewollt hat, um zur rechten Zeit übeln Zuständen vorzubeugen, vielleicht der Majorität gegenüber nicht hat durchsetzen können, daß man gar nicht über den ersten Anfang hinauskam. Daß man den passiven Widerstand, wie er sich in den unabhängigen übrigen Ministerien auszubilden pflegt gegen Anregungen, die nicht auf seinem Boden gemessen sind, überwinden kann, dazu gehören doch technische Hülfsmittel in großer Menge. Nun denke man sich den preussischen Ministerpräsidenten angewiesen auf die Unterführung von den beiden Jhnen aus dem Budget bekannten Räten, dem Herrn Unterkassenschatz und den zwei Hülfscathen. Wenn die also ein Finanzprojekt ausarbeiten sollten, zu dem das Finanzministerium an sich nicht geneigt wäre, so befinden sie sich in vollständiger Hülflosigkeit und müssen acceptiren, was geboten wird. Deshalb sage ich, ist die Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten für das, was in der Regierung geschieht, eine sehr beschränkte. Er braucht sich gar nicht darauf zu berufen, er sei irgendwo in der Minorität; er hat einloch nichts zu befehlen und nichts zu sagen; er hat kein Veffort. Alle Anderen sind wenigstens in ihrem Ressort unabhängig; der Ministerpräsident kann nicht einen Nachwächter ernennen, er hat immer nur zu bitten, zu beschwören und zu vermitteln, wenn Meinungsverschiedenheiten sind, aber zu sagen hat er eben gar nichts. In einer so undankbaren Rolle, wie die eines Ministerpräsidenten in einem kollegialistisch wirkenden Ministerium ist, würde ich mich, wenn ich nicht genöthigt wäre, aus alter Anhänglichkeit mich den Wünschen meines Königs und Herrn zu fügen, unter seinen Umständen weiter ergeben. So undankbar, so machtlos, so ohnmächtig und dabei doch so schwer verantwortlich ist diese Rolle. Verantwortlich kann man nur eben sein für das, was man selbst freiwillig thut; ein Kollegium ist für nichts verantwortlich, auch die Majorität nicht, sie ist später nicht aufzufinden. Man sagt, der einzelne Ressortminister sei da verantwortlich. Wo ist aber ein Ressort so geordnet, daß es nicht der Ministerium von zweien und dreien anderen zur Durchführung seiner Maßregel und Pläne brauchte, die es aber vielleicht nicht gefunden hat! Die ganze Verantwortlichkeit wird eine Fiktion, wenn sie einem Kollegium gegenüber geltend gemacht werden soll, ganz abgesehen davon, daß wir abstimrende Kollegien nachher im Reiche genug haben, den Bundesrath und Reichstag nicht bloß, sondern sämtliche parlamentarische Einrichtungen.

Es ist gewiß sehr bequem, ein Kollegium beschließen zu lassen und zu sagen, das Ministerium hat beschloffen, anstatt zu sagen: ich, der Minister trete ein; fragt man ein Kollegium: wie ist das eigentlich gekommen? so wird jeder abschließend es anders erzählen, wenn das Beschlossene misglückt ist, Niemand wird verantwortlich sein. Bei der kollegial-Verfassung — daß dabei schneller und durchsichtiger gearbeitet wird, das wird Niemand einräumen, der beide Sachen sich durchgemacht hat — schon die Repilien und Dupilien und Quodrapilien und Quintupilien unter verschiedenen Ministern, wo keiner entweichen kann, als daß man schließlich zu dem Ausgange-mittel eines Conseils unter Vorhinein seiner Majestät, wozu doch sehr selten und sehr schwer geschritten wird, greift — würden wir nie im Stande sein, ihnen das Reichsbudget zur rechten Zeit vorzulegen, auch in diesem Jahre nicht, wenn wir nicht das Entscheidungsrecht eines allein verantwortlichen Kanzlers hätten. Nur einer kann verantwortlich sein, die Anderen können nur dafür verantwortlich sein, so weit sie durch die kaiserliche Verantwortlichkeit nicht gedeckt sind. Ich verstehe die Verantwortlichkeit der Minister nicht in der Weise, daß ich in jeder einzelnen Branche die Einzelheiten damit glaubte decken zu können; ich glaube nur dafür verantwortlich zu sein, daß an der richtigen Stelle die richtigen Personen, achbar und kundig ihres Geschäfts, sind, und daß äußerlich erkennbare prinzipielle Fehler, namentlich solche, auf die der Reichstag aufmerksam gemacht hat, nicht dauernd einreichen. Für Einzelheiten kann ich nicht verantwortlich sein, sondern da muß jeder Reichsminister — denn wir haben deren und werden deren, wie ich glaube und wünsche, mehr bekommen — das auswärtige Amt, die Marine, die Eisenbahn-Verhörde, wir haben neuerdings die Post und Telegraphie — kurz und gut, es kann sich ja ausbilden, und ich möchte z. B. dringend, daß die Verwaltung von Eisenbahnen in derselben Weise selbstständig gestellt wird; ich kann in die Details der Landesverwaltung noch viel weniger hineinsehen, als in die Details der Reichsministerien — wenn die personalen und anderen Fragen sich überwinden lassen, so bin ich der Erste, der den Tag mit Freunden begrüßt, wo meine Verantwortung auf das Maß des wirklich dem Lande verantwortlichen Premierministers reduziert wird, und ich neben mir einen in erster Linie dem Kanzler und durch den Kanzler dem Lande, in den nicht durch den Kanzler gedeckten Thesen auch direkt dem Lande verantwortlichen Minister in Eisenbahnen sehe — ich will das nicht weiter analogiren. Ich will nur sagen, daß Sie die Schlinge nicht richtig beurtheilen, wenn Sie glauben, daß meine Abwesenheit leichter

zu werden oder zu vertreten wäre, wenn ein kollegiales Ministerium bestände, oder daß die Geschäfte dabei irgend etwas gewinnen würden; das Reich würde an der rassen Allom-fähigkeit, die es jetzt besitzt, an der einheitlichen Festigkeit verlieren; die Reichsregierung — denn irgend-Andere ist ja nicht auf Seiten des Kanzlers und des Reichskanzlers nach der ursprünglichen Verfassung — würde in sich gespalten, geklämt und uneinig werden, und auch für die Zeit, wo ich nicht mehr im eigenen Interesse diese Rechte vertreten werde, möchte ich meine Herren Kollegen und die Mitglieder des Reichstages dringend warnen, von dieser sehr nützlichen Einrichtung, die eines englischen Premierministers würdevoll nicht abzugeben. In Preußen ist es die Konglomeration von acht Ressorts, deren jedes einen unabhängigen Staat bildet, und es wäre vielleicht nicht schlimmer, wenn jede der elf Provinzen ihren Minister hätte, wie es früher Minister von Schlesien gab, und diese miteinander zu berathen und zu beschließen hätten; daß wir vielleicht noch nicht so schlimm ständen, als bei dieser Zertheilung des Staats in Ressortstaaten, wo jeder Einzelne sich auf seine ausschließliche Verantwortlichkeit berufen kann, in der That aber Niemand verantwortlich ist, und kein Veffort in das andere hineinsetzen kann. — Verzeihen Sie, wenn ich weitläufig werde in dieser Sache, aber „was das Herz voll ist, davon geht der Mund über“ — davon kann ich keine Ausnahme machen. Aber wenn ich für Vorlegung einer Steuerreform auf das nächste Gesetz insoweit übergriffen kann, so wünsche ich, daß auch die Stempelabgaben gerechter vertheilt werden, wie es durch jene Vorlage zum ersten Mal versucht wird. Es ist von Allen, auch von denen, die nicht Grundbesitzer sind, anerkannt Bedürfnis; die jetzige Besteuerung aller desjenigen Verkehre, der den Grundbesitz betrifft, mit Stempeln, ist ja erstaunlich ungerecht im Vergleich mit der, welche die mobilen Kapitalien in allen Geldgeschäften, dem Ankauf von beweglichen Sachen, Quittungen und dergleichen, zahlen. Wenn ich für den Verkauf eines jeden Immobilien ein volles Prozent geben muß, wenn ich bei der Verpachtung eines Gutes die ganze Pachtsomme vorweg, also, wenn ich auf 30 Jahre verpachte, die im Jahre 1905 fällige Rate schon im Jahre 1875 verstemeln muß, als wenn sie bar auf den Tisch gezahlt würde, so sind das Ungerechtigkeiten, die den Grundbesitz treffen, die bei der Reform remedirt werden. In dieser Richtung wird also das demnachfolgende Stempelgesetz Ihnen eine Abhülfe, ein Entgegenkommen liefern. Und ich möchte Sie bitten, aus diesen Erörterungen alle Fragen der Macht und in Folge dessen der Bestimmung zu entfernen und allein mit sachlicher Prüfung der Sache näher zu treten.

Sie haben aus der Rede des Herrn Finanzministers, wie ich hörte, zum Theil entnommen, es läge ihm wenig daran, daß die Vorlagen durchgebracht würden. Ich kann Sie versichern, und er wird Ihnen gewiß die Versicherung auch geben, daß das ein Irrthum ist. Er hat sagen wollen, was ich eben auch sagte: wenn Sie diesen unseren wohl-gemeinten Versuch, die ersten Schritte auf der Steuerreform zu thun, ablehnen, ja, so sind Sie allerdings in ihrem Rechte, wir können nicht mehr machen, als das ruhig einstecken und sehen, wie wir uns helfen, und das nächste Mal werden wir wieder kommen, bis Sie die Ueberzeugung haben, oder bis sich unsere Ueberzeugung ändert und andere Personen an's Ruder treten, oder bis Sie bewilligen, was wir glauben im Interesse des Landes fordern zu müssen. Ich sage nur deshalb, daß von Empfindlichkeiten, Cabinetsfragen und dergleichen bei dieser Gelegenheit nicht die Rede sein kann. (Bewegung.) Es ist Ihre Sache, die Steuern so aufbringen zu helfen, wie es dem Lande am nützlichsten ist, und wenn Sie nicht unserer Meinung sind, so müssen wir uns mit der Hoffnung trösten, daß sie es künftig werden wird. Also in diesem Sinne möchte ich Sie bitten, zunächst das Gesetz für die Bierbesteuerung anzusehen, das noch den großen Vortheil hat, daß es die Besteuerung für Nord- und Süddeutschland einander anebert, und daß es der erste Schritt und zwar in der Verfassung vorgesehene Schritt ist, auf der Bahn einer künftigen Gleichstellung, die zwar noch immer nicht zu erreichen sein wird, so lange der norddeutsche Verzeir im Bunde dem Süddeutschen nicht gleichkommt — die Süddeutschen haben eine sehr viel höhere Einnahme, weil in Süddeutschland viel mehr Bier getrunken wird pro Kopf — es ist aber auch sehr viel besser. (Große Heiterkeit.) Ich glaube, daß die Erhöhung der Steuer vielleicht zu besserem Bier führen wird, und daß die elende Fälligkeit, die in Norddeutschland zum Theil unter dem Namen Bier gegeben wird, die Steuer gar nicht werth sein wird, gerade so wie früher bei der Schlachtsteuer Verfalligung in den Städten kein schlechtes Fleisch auf den Markt kam, weil es die Steuer nicht lohnte. Ich gebe mich also der Hoffnung hin, daß die Steuer das Bier nicht verschlechtern wird, sondern im Gegentheil die Steuerzahler den Ernst des Geschäfts einsehen und ein besseres Bier als bisher brauen werden. In dieser Hoffnung bitte ich Sie, das Gesetz anzunehmen. (Beifall.)

(Fortsetzung folgt.)

Sitzung des Reichstages vom 24. November.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Petitions-Kommission über die Stuttgarter Ersatzwahl. Der Referent von Vanda giebt die begangenen Unregelmäßigkeiten zu und beantragt — Gültigerklärung der Wahl, zugleich aber Ueberreichung des von dem Arbeiter-Wahlcomité eingesandten Protestes an den Reichskanzler zur Kenntnignahme, event. zur Remedur der darin gerügten Unregelmäßigkeiten. Die Vorgänge sind den Lesern in frischem Gedächtnis; unerfrorenstes Eintreten der Behörden für den „nationalen“ Kandidaten Hölder und gegen die socialistische Partei, deren Wahlagitation in jeder Weise gehemmt wird.

Bebel, der den Antrag auf Ungültigerklärung der Wahl Hölder's eingebracht hatte, führte aus, daß es sich nicht um die durch die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten verloren gegangener Stimmen handeln könne, sondern um den moralischen Einfluß, den solche Beeinflussungen ausübten, der sich in Zahlen gar nicht berechnen ließe. Bei den fortgesetzten Wahlbeeinflussungen, die in jeder Session von Neuem zur Sprache kämen, sei es notwendig, ein Exempel zu statuiren und jede Wahl für ungültig zu erklären, bei der sich ungesetzhche Beeinflussungen bemerkbar gemacht. Und das gelte von vorliegendem Falle, wie Hedner aus verschiedenen Thatsachen nachweist. Es scheine, als sollten die ungesetzhlichen Wahlbeeinflussungen, die früher fast ausschließlich nur in Preußen stattgefunden, immer weiter um sich greifen und auch jetzt in Süddeutschland Pragis erlangen. Damit stimme die Verfolgung, welche unsere Parteigenossen in Württemberg, seitdem es in das deutsche Reich eingetreten, zu Theil werde. Preßprozeße und Verhaftungen, die früher in Württemberg eine Seltenheit gewesen, kämen jetzt dort ungemein häufig vor. So habe man z. B. den Arbeiter Dreesebach auf eine nichtige Demuniation hin, 6 bis 7 Wochen lang in Untersuchungshaft gehalten und ihn dann ohne einen Grund zur Anklage gefunden zu haben, entlassen müssen. Als es sich seiner Zeit im Norddeutschen Bunde um die Annahme des Allgemeinen Wahlrechts gehandelt, sei vielfach die Befürchtung aufgetaucht, die sogenannten niederen Klassen würden sich Terrorismus und Exzesse zu Schulden kommen lassen. Nun, das Wahlfrecht bestche seit neun Jahren, man habe seitdem vier allgemeine Wahlen gehabt und jedes Jahr eine Anzahl Ersatzwahlen, aber nicht eine einzige Thatsache habe jene Befürchtungen bestätigt. Dagegen würde der Terrorismus gerade von entgegengesetzter Seite ausgeht.

Abg. Windthorst spricht sich ebenfalls gegen die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten aus.

Abg. Eiben, Vertreter eines württembergischen Wahlbezirks, bestritt, daß Hölder Seitens der Regierung unterstützt worden sei, er bestritt auch, daß die Freiheiten in Württemberg heute geringer seien, als vor dem Eintritt in das deutsche Reich.

Auf letzteres antwortet Abg. Sonnemann, daß früher eine Beurtheilung eines Redakteurs zu Gefängnis in Württem-

berg eine Seltenheit gewesen, daß aber jetzt die Redakteure der oppositionellen Blätter gar nicht mehr das Gefährlichste verhehlen. Der Antrag der Kommission auf Gültigkeitserklärung der Hölzer'schen Wahl wird schließlich angenommen, ebenso der Antrag, daß die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten dem Reichslanzler zur Kenntnis, resp. zur Remedur zu überweisen seien.

Der 3. Punkt der Tagesordnung: Gesetzentwurf des Abg. Stenzlein, betreffend die Umwandlung von Aktien in Reichswährung wird ohne erhebliche Debatte von der Mehrheit angenommen.

Der 4. Punkt, Anträge der Abg. v. Bernuth, Klotz, Dr. Oppenheim und Dr. Jinn auf Aenderung der Paragraphen der Geschäftsordnung betreffend die Wahlprüfungen sind zunächst an dem Abg. Reichensperger einen Gegner. Zweck der Anträge ist, die Wahlprüfungen möglichst in der Heimlichkeit der Abtheilungsitzungen zu begraben. Das Mitglied der sog. Fortschrittspartei, wie die Abg. Dr. Klotz und Dr. Jinn, diese reaktionären Anträge unterzeichnet haben, kann Niemand, der diese Partei der politischen Heuchelei kennt, in Erstaunen setzen. Die betr. Anträge werden nach längerer Berathung an die Geschäftsordnungs-Kommission zur Vorberathung überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung über einzelne Kapitel des Reichshaushalts-Staats. Das Reichs-Eisenbahngesetz gibt Anlaß zu einem lebhaften Schärmel zwischen den Vertretern des Projekts, die schlecht fahrenden Privat-Eisenbahnen dem Reiche aufzuheben, und den Vertretern der Ansicht, daß ein besseres Geschäft mit den Privat-Eisenbahnen zu machen sei, wenn sie nicht verkauft würden. Für den Verkauf sprach hauptsächlich Stumm, Bamberger erklärt sich gegen den Antrag.

Windthorst: Bei den Eisenbahnen seien sehr viele Privat-Kapitalien engagirt, und diese hoffen auf Ankauf der Bahnen, dem müsse entgegengetreten werden — nicht Aufgabe des Staates sei es, Eisenbahnen und Posten zu fahren, Telegraphendrähte zu ziehen —, der Staat solle nicht Wädeln für Alles sein. Nebenher ist der Ansicht, für Ankauf der Bahnen seien 6,000,000,000 Mark nothwendig und die Rentabilität zeige sich im Elsaß, wo es höchstens 2 1/2 Prozent gebe.

Lasler ist ungemein befriedigt worden durch den Bericht, den der Präsident des Reichs-Eisenbahn-Gesetzes gegeben und votirt deshalb die betreffenden Posten, will nur nicht, daß jetzt das Reichs-Eisenbahn-Amt irgend welche Unterhandlungen anknüpfe.

Sonnemann: Daß ein einheitliches Eisenbahn-System nicht zu Stande gekommen, liegt daran, daß das Reichs-Eisenbahn-Amt außer Transport und Tarif noch andere weitere Eingriffe in die Rechte der Einzelstaaten sich habe erlauben wollen, es müsse Derartiges vermieden werden, damit ein gutes Eisenbahn-Gesetz zu Stande komme.

Nachdem noch Herr v. Kardorff gesprochen, erfolgt Schluss der Diskussion.

Verschiedene persönliche Bemerkungen erfolgen; unter Anderem vermahnt sich der Abg. Stumm namentlich davor, zu den engagirten Eisenbahnmannern zu gehören.

Schluss der Sitzung 3 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, 27. November.

Die Rede des Fürsten Bismarck in der **Biersteuer-Debatte** ist von größter Bedeutung für die Klarstellung des Regierungssystems. Wer es bis jetzt nicht für möglich hielt, daß das System der indirekten Steuern und zwar gerade die Belastung von Nahrungsmitteln des Volkes, wie Bier, Kaffee, Tabak und dergleichen mehr, seitens der heutigen Regierungsgewalt aufrecht erhalten werde, der kann es in der nächsten Weise aus dem Munde des Fürsten Bismarck selbst hören. Die lange wird da noch der deutsche Michel die Nachtzüge des Kulturkampfes und der Franzosenfresserei über den Kopf ziehen? Werden ihn solche Thatsachen nicht erwecken?

Das **Transportieren nach Löben**, welches 1870 gegen unsere Braunschweiger Parteigenossen in's Werk gesetzt wurde, ist jetzt zu Ungunsten des General Bogel v. Falkenstein ausgefallen. Am 24. November ist in höchster Instanz vom Kassationshofe in Wolfenbüttel entschieden, daß Bogel von Falkenstein zur Entschädigung der widerrechtlich nach Löben Abgeführten verpflichtet sei. Der Prozeß wurde zunächst in der Sache des Buchdrucker-Verstüßers Sievers entschieden, nachdem auf Verabredung des Anwalts von Sievers und Genossen, Dr. Franz Dedeind in Wolfenbüttel, mit den gegnerischen Anwälten die Vereinbarung getroffen war, zunächst eine Sache zum cabgültigen Austrag zu bringen und die andern gleichzeitig dem Gerichte eingereichten Klagen so lange in der Schwebe zu erhalten.

Die jetzt noch im Bundesrath schwebende **strafgesetz-Novelle** treibt, wie die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ erzählt, noch immer mehr interessante Blüthen. Demzufolge hat die preussische Regierung neuerdings noch den Antrag gestellt: die in den §§ 113, 114 und 117 des Strafgesetzbuches enthaltenen Strafbestimmungen zu verschärfen. Während bisher auf die Widersehlichkeit gegen Beamte in § 113 Gefängnißstrafe von einem Tage bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bis zu fünfshundert Thalern steht, soll künftig Geldstrafe gar nicht mehr zulässig sein und der Mindestbetrag der Gefängnißstrafe auf 14 Tage erhöht werden. Ebenso soll in § 114 (Nötigung eines Beamten zur Begehung oder Unterlassung einer Amtshandlung) das Minimum von einem Tage Gefängniß auf drei Monate und in § 117 (Widersehlichkeit gegen Forstbeamte) von einem Tag auf einen Monat und beziehungsweise (bei einem qualifizierten Falle) von einem Monat auf drei Monate erhöht werden. Zur Motivirung dieser Vorschläge wird gesagt, daß die von den Gerichten verhängten Strafen in zahlreichen Fällen der Bedeutung nicht entsprechen, welche jenen Strafbestimmungen für die Wahrung der Autorität der Staatsgewalt beizumessen; es habe sich in Folge hiervon in der Amtshandlung der Exekutivbeamten, namentlich der unteren Polizeibeamten, eine „Zaghastigkeit“ fühlbar gemacht, welche die öffentliche Sicherheit in Gefahr bringe. Nun, wer „Zaghastigkeit“ der Berliner Schulleute im Verkehr gegenüber Drohschleusen, Passanten etc. uns nachweisen kann, der erhält auf unserer Redaktion einen blanken Thaler ausgezahlt. Vorläufig aber haben wir eine gründlich andere Meinung vom Auftreten der Polizei, welche sich ja grobentheils aus Unteroffizieren rekrutirt, welche gegenüber ihren Rekruten sich nicht allzuviel „Zaghastigkeit“ angewöhnt haben.

Einen glänzenden Sieg der **Social-Demokratie** haben unsere Fürther Parteigenossen bei den dortigen Gemeinwahlen erröset. Sämmtliche Kandidaten der Social-Demokratie sind nach einem stürmischen Wahlkampf gegen die Kandidaten der Fortschrittspartei gewählt worden.

In der Angelegenheit **Sonnenrichter** fand vor einigen Tagen eine Versammlung statt, in welcher eine an das Abgeordnetenhaus zu richtende Petition zur Verlesung gelangte. Nach einer kurzen Debatte gelangte die Petition zur Annahme. Durch dieselbe ergeht an das Haus der Abgeordneten das Gesuch: „dasselbe wolle dahin wirken, daß den aus der Kirche ausgeschiedenen Personen, welche sich weigern, von ihnen erforderte Eide nach den Formeln der Religionsgemeinschaften, aus welchen sie ausgeschlossen sind, zu leisten, schon jetzt gestattet werde, die Wahrheit und Richtigkeit ihrer Aussagen auf Pflicht und Gewissen zu versichern, wenn sie sich gleichzeitig den auf den Eide gesetzten Strafen für den Fall unrichtiger Versicherungen unterwerfen.“

Schlüssig genug, daß eine solche Petition überhaupt noch nothwendig ist.

Gegen **Stroussberg** ist die Untersuchung wegen fünfjährigen Betrug und mehrerer Urkundenfälschungen eingeleitet. Der Befehl zu seiner Haftentlassung ist wieder zurückgenommen.

Seit einigen Tagen ist die gesammte **Pesther Kaufmannschaft** in großer Aufregung. In Folge einer gegen drei Firmen wegen großartiger Zollbestrafung und schwebenden Untersuchung wurden in mehr als vierzig der ersten und „angesehenen“ Häuser Bücher und Papiere konfisicirt. Dem Einen wurden die Facturenbücher abgenommen, dem Andern gar sämtliche Geschäftsbücher abgenommen, die Dritten mußten sich solens volens eine förmliche Hausdurchsuchung gefallen lassen. Es schien als ob eine förmliche Razzia gegen die hiesige Kaufmannschaft organisiert sei, wenn man die Organe der Finanzbehörde von Strafe zu Strafe, von Haus zu Haus ziehen sah, um jene Beschlagnahmen auszuführen. Die ungarischen Blätter polemisirten in der festigsten Weise gegen dies „Hufarenstückchen eines rücksichtslosen Bureaupapstas“, welches das Hausrecht und das Schriftengeheimniß mit Füßen getreten habe. Eine große Deputation erhielt inzwischen vom Finanzminister beschwichtigende Zusagen, und es wurden denn auch gestern im Hauptkollamte von einem Finanzbeamten mit den beteiligten Kaufleuten Protokolle aufgenommen und denselben die abgenommenen Geschäftsbücher mit Ausnahme der Facturenbücher zugestellt; die mit Beschlagnahme belegten Facturen und sonstigen Dokumente wurden jedoch zurückbehalten. Die Konfiskationen waren massenhaft, von einer einzigen Firma wurden drei Centner Bücher und Schriften fortgeschleppt! Nach dergleichen Maßnahmen kann man sich ungefähr einen Begriff von der „Chrlchkeit“ der Pesther Bourgeoisie machen.

* **Folgen der Reichsherklichkeit.** — Zweihundertneundzwanzig Militärschlichte, sämmtlich aus Hannover, sind mittels Urtheils der Strafkammer des hiesigen Obergerichts wegen Desertion ein jeder zu 600 Mark Geldstrafe oder 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. — Von dem 1. hannoverschen Infanterie- und vom 1. hannoverschen Manen-Regiment werden ebenfalls zwei Soldaten wegen Desertion hiedrisch verfolgt.

* **Ueber das Ungewitter** vom 23. dss. geht uns noch die Mittheilung zu, daß auch Roabit durch Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Briefschaften „gerettet“ worden ist. Hausdurchsuchungen in Berlin haben außer bei den schon genannten Parteifreunden noch bei Küster, W. Lange, J. Dietrich, D. Reimer und Schöne stattgefunden. Ob auch bei auswärtigen Parteigenossen ähnliche Mandate in Anwendung gebracht worden sind, ist uns zur Stunde noch nicht bekannt geworden. Das Resultat der Hausdurchsuchungen scheint im Ganzen und Großen ein sehr dürftiges gewesen zu sein.

* **Großer Kulturfortschritt.** — Militärische Blätter theilen mit, daß ein in Sömmerda neu konstruirtes Gewehr sich als so vorzüglich erwiesen habe, daß man es wohl als die Zukunftswaffe der Infanterie bezeichnen dürfe. — Da hat das deutsche Reich vielleicht das hohe Glück, jetzt, unmittelbar nach der kostspieligen Anschaffung der Mausjergewehre, seiner glorreichen Armee wieder ein neues Gewehr kaufen zu können. — Es geht doch nichts über den Segen des Militarismus!

* **An der Berliner Börse**, die gegenwärtig von einer Räuberhöhle sich in der That wenig unterscheidet, entwidelte sich am Donnerstag schon wieder eine Schlägerei. Der Inhaber einer der reichsten und bekanntesten Bankfirmen der Kaiserstadt hat einen Jobber mit einem Schlagring auf das jämmerlichste zugerichtet. Als der mit Blut überströmte Beschlagene von dem Gelben und seinen Helfershelfern herabgebracht worden, nahmen sich dann die Draußenstehenden seiner an, drängten sich wieder hinein und wollten Wiedergeltung üben. Man rief in dem Tumult vergeblich nach Schuhmann und Polizei. Unsere „Gebildeten“ werden von einem Tage zum andern immer „gebildeter“.

* **Ein Spioniersystem en gros.** Am Hofe Napoleon III. bestand in den guten Zeiten ein eigenes Bureau unter der Leitung des Polizeipräsidenten Herrn Pietri, dessen Aufgabe es war, im Auftrage des Kaisers Briefe und Depeschen, welche an politische Persönlichkeiten anlangten, zu eröffnen und zu kopiren. Da man einmal im Zuge war, ließ man es sich dann nicht nehmen, zeitweilig auch Briefe zu eröffnen, welche an gar nicht politische Personen gerichtet waren, wie z. B. — an die Kaiserin Eugenie. Die Kaiserin erfuhr die Sache und nun wurde von ihrer Seite in dem Bureau Pietri's ein Wiedermann bestochen, damit er der Kaiserin Briefe anderer Privatpersonen ausfange, für die sie einigen Grund hatte, sich zu interessieren, z. B. — Briefe des Kaisers. Das ging so Jahre lang fort, und als nach dem 4. September die Tuilerienpapiere zum Vorschein kamen, stellte es sich heraus, daß die Beamten des betreffenden Bureau untereinander — wahrscheinlich um der lieben Gewohnheit willen — die Briefe ebenfalls eröffneten und, um die Kritik vollzumachen, erfuhr man, daß der Leiter und Erfinder des ganzen Apparates, der Polizeipräsident selbst, seine Briefe erst erhielt, nachdem sich bereits sämtliche Untergebenen und außerdem der Kaiser und die Kaiserin an denselben delectirt hatten.

Innere Parteiangelegenheiten.

Seit dem 1. d. M. sind bei dem Unterzeichneten folgende Gelder eingegangen für: a) Unterstützungsfonds: Hof von Parteigenossen R. 3,50; Göln d. Buch v. Koch. d. Richter 15,00; Göln v. Schumacher 12,00; Würzen d. Fleischer 12,84; Rodvill v. Socialisten d. Albin Müller 21,70; Reufersdorf d. Weber 2,00; Hamburg v. Braack 2,40; do. von Lüdens 2,40; do. d. Hermann v. Sipser. u. Stuß. R. 1,80; Würzburg d. Klein 1,86; Klein-Krohenburg d. Kopp 7,30; Köln d. Schwarz 3,00; Raden d. Reibiger 5,00; Regensburg d. Malgerödorfer 1,00; Reutlingen d. Stard 1,20; Berlin v. A. Rietern 1,00; Hof d. Posnanski 11,00; Groß-Steinheim d. Jäger 3,00; Straßburg d. Dange 6,66; Berlin d. Schäfer Erbs 1 Km. Contrab 3,40; Köthendroba d. Lehmann 3,07; Sossendeim d. Klein 1,00; Hohenfelden-Burgfeld d. Schröder 13,00; Amberg d. Grafer 2,00; Kiel d. Starck 6,00; Mühlstadt d. Dahme Ueberzuch vom Volk 24,00; Lun-

den d. Kasse v. Freitellnehmern 2,40; Hamburg d. Kottkamp v. Detgens 8,00; Braunschweig d. Ostermann 9,50; Halle d. Wortmann 9,00; Danau d. Dapbach 9,10; Eberberg d. Dolusch 3,00; Groß-Kuhm d. Kronenberger 6,00; Hannover d. Karbe an E. Bodemann's Geburts-tag 4,00; Altona d. Schreiber a. Schumacherstiftungsfest 15,62; Hainstadt d. Wich Volkswert, 3,56; Offenbach d. Baumert 2,00; Altona d. Kallies (2. Rate) 3,00; Kpenrade d. Drems 0,35. b) Wahlsonde: Berlin d. Greiffenberg 0,75; Hamburg d. Rudolph v. Hart's Bau, La-geste 7,50; do. d. B. Pieper v. Kohn's Sig-Fabrik 4,50; do. v. R. Philippen 20,20; do. d. Koch v. Labage u. Belz's 10,00; do. d. Garve für B. u. L. 15,00; do. v. D. 2,00; Gethrain d. Weidert 3,00; Dresden „Arbeiterfreund“ 1,00; Fulda d. Kideropp v. Parteigenossen 5,00; Leipzig d. W. Hirt 50,00; Würden d. L. K. Fraureuth 6,15; Altona d. Feibig v. Bornemann's Fabrik 10,00; do. d. Brauer aus Reiberg's Sig-Fabrik 1,85; do. v. Hess u. Kollegen 8,00; Braunschweig v. W. Brade jr. 20,00. c) Agitationsfonds (irregulär Beiträge): Stabe d. Matthaei 6,00; Regensburg d. Walgerödorfer 1,00; Kiel v. Jungjohann's Schneiderwerkstelle 4,00; Rürnberg d. Wiemer 33,00; Augsburg d. Hörauf 5,00 (darunter 1 streitiger Gulden v. Cadres); Baden-Baden d. Frommann 2,40; Bergedorf d. Schwarz 0,40; Hamburg d. Stauf 6,00; Neßlen do. 10,80; Bergen a. d. D. 4,50; Lüneburg 3,00.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß heute die Parteiabrechnung vom 1. Juni bis 30. September an alle Agenten des Vorstandes verschickt worden ist. Auf Seite 19 unten und Seite 20 oben dieser Abrechnung ist statt Septbr. zu lesen: Oktober. Die Ansprache auf Seite 20 wird den Agenten zur besonderen Beachtung empfohlen. In der dritten Zeile dieser Ansprache ist statt Organisation zu lesen: Agitation.

Hamburg, 19. November 1875.

Mit Gruß!

Namens des Vorstandes:
Kugust Geib, Rüdingermarkt 12.

Hordfonsd. Aus Rodvill erhielt der Unterzeichnete für den Hordfonsd. d. Albin Müller R. 21,65.

K. Geib, Hamburg.

* Am 19. Juli 1874 hielt der Parteifreund Heiland aus Berlin in Sommerfeld einen Vortrag und wurde hierbei nach Auflösung der Versammlung durch den Bürgermeister Sabisch verhaftet. Am 7. Mai d. J. vom Sorauer Kreisgericht wegen öffentlicher Beleidigung freigesprochen, appellirte der Staatsanwalt Bötrich und fand am 17. November der Termin in Frankfurt a. D. statt. Der Oberstaatsanwalt Neuch hielt den Antrag des Staatsanwalts Bötrich — auf 6 Monat Gefängniß lautend — aufrecht. Das Appellationsgericht bestätigte jedoch das freisprechende Urtheil des Sorauer Kreisgerichts.

Reichenbach i. S., 21. November. (König Löcher ?) Ein schmerzlicher Verlust hat uns und die Partei betroffen. Von einer Geschäftsreise aus Leipzig gestern zurückgekehrt, legte sich unser Parteigenosse, von Unwohlsein befallen nieder, um nie wieder aufzuwachen. Er war es, welcher trotz mehrjähriger Gefangenhaft und der Abtrünnigkeit vieler Achtundvierziger für Freiheit und Recht weiterkämpfte und das Banner der Socialdemokratie in hiesiger Stadt aufspannte; er war es, um welchen wir und vertrauensvoll scharten, unter dessen Leitung wir bisher den Kampf gegen Unrecht jeglicher Art führten. Mit guten Kenntnissen und Erfahrungen ausgestattet, war er unser treuer Berater und liebevoller Freund. Ein Mann mit festen Grund-sätzen geht durch ihn der Menschheit verloren. Friede seiner Asche.
Die Parteigenossen von Reichenbach.

Erfurt, 19. November. (Agitationsbericht.) Auf Wunsch des Vorstandes agitierte ich, als Wegs auf meiner Reise nach hier und gebe darüber im Nachhinein einen kurzen Bericht. In Hedme, bei Dornhausen, wo ich am 9. dss. über die Bier- und Petroleumsteuer referirte, war die Versammlung den dortigen Verhältnissen entsprechend ziemlich besucht. Auch ist der Geist unter den dortigen Arbeitern für unsere Sache ein bei Weitem besserer als früher; mögen die alten treuen Kämpfer weiter wirken, ihr Kampf wird nicht unbefruchtet bleiben. In Klotho, wo ich am 10. dss. über dieselbe Tagesordnung referirte, war die Versammlung sehr gut besucht, auch gewannen wir eine erhebliche Anzahl neuer Mitglieder. Der dortige Amtmann wollte wohl seine „Rechtvollkommenheit“ dadurch dokumentiren, daß er die Beschäftigung der Anmeldung beharrlich verweigerte. Alle Vorstellungen blieben fruchtlos. „Ich thue es nicht, machen Sie, was Sie wollen“, war die Antwort. Parteigenosse Scharrenberg wurde dann eingehend gewarnt, sich doch nicht um den Socialismus zu bekümmern. Aber auch er war starrköpfig und unerbittlich. Alles Bitten von Seiten des Amtmannes, einen anderen „Weg“ einzuschlagen, nützte nichts. Scharrenberg ist und bleibt Socialist. Der Amtmann gab keine Bescheinigung und Scharrenberg wurde nicht „liberal“. In Hameln a. W. konnte Umstände halber keine Versammlung stattfinden und mußten wir uns auf eine gemütliche Zusammenkunft beschränken. Son da ging's nach Hildesheim, wo ich in einer, den dortigen Verhältnissen entsprechend gut besuchten Versammlung über die Ursachen der Geschäftsstille referirte. Eine sehr zöhrlich besuchte Versammlung fand in Alfeld statt, wo ich über die projektirte Erhöhung der Bier- und Einfuhrung einer Petroleumsteuer sprach. Schon längst vor der Versammlung fand sich eine Anzahl Spießbürger verschiedener Partischattirung ein. Freudig sich amüsirend, mir schon plausibel machen zu wollen, daß wir nichts zu projektiren hätten, denn „wer kein Glas Bier bezahlen kann, trinkt feins“, hieß es von Seiten dieser „Anti-Bierfreunde“. Doch „es kann vor Nacht leicht anders werden, als es am frühen Morgen war.“ Nachdem ich meinen Vortrag beendet, wo zahlreiche Männer der „öffentlichen Ordnung“ aufmerksam zugehört und zwei Prehilitaraten das, was ich gesprochen, mit wolkartigem Hunger hienographisch verschlungen, stimmten selbst die Spießbürger für den Protest. Unter den Parteigenossen Welsch wird hoffentlich jetzt wieder eine größere Regsamkeit für Verbreitung unserer Interessen merklar werden. In Eindeß macht sich die jesuitische Heuchelei unserer Gegner dadurch merklar, daß sie sich bemühen, uns alle Lokale zu entziehen, weshalb ich auch keinen Vortrag dort halten konnte. Die Parteigenossen sind dort ruhig, mögen sie muthig weiter wirken. Endlich war es auch den Göttinger Parteigenossen wieder gelungen, ein Lokal zu bekommen. Die Versammlung, ziemlich besucht, nahm einen guten Verlauf. Eine heitere Scene spielte sich dort ab, der ich Erwähnung thun will. Als ich meinen Vortrag über die projektirte Erhöhung der Bier- und Einfuhrung einer Petroleumsteuer beendet, folgte eine Diskussion, welche auf das Gebiet social-demokratischer Prinzipien im Allgemeinen führte, woran sich außer mir noch Parteigenosse Götz aus Wünden, sowie mehrere Göttinger Parteigenossen beteiligten. Ein Spießbürger, wie mir erzählt, Schuhmachermeister Schütte, machte seinem vor Kerger geprehten Herzen Luft, indem er plötzlich ausrief: „Der S. (Lehrer) kann Euch retten, der kann es“, worauf er sich mit großer Eile aus dem Saal entfernte. Lehrer S., darüber entrüstet, ihn ohne Gründe als Socialist zu „stempeln“, ergriff das Wort, um den Zweck seines Hierseins zu begründen: er wolle sich auch praktisch über unsere Agitation belehren lassen. (Ein guter Gedanke.) Der eifrige Polizeikommissar war auch über den Schuhmacher S. entrüstet, so den Vorstehenden zur Verantwortung, weshalb S. sich nicht zum Worte gemeldet, das wäre nicht parlamentarisch; vielleicht erhält S. einen Verweis, künftighin die parlamentarische Ordnung nicht zu missbrauchen, dienlich wäre es ihm schon. In d. Wünden, wo ich über „das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ referirte, war die Versammlung gut besucht. Die Arbeiter sind dort sehr schlecht gestellt, trotzdem ist da ein guter Boden für uns? Von dort ging's nach Kassel, wo ich über dasselbe Thema sprach. Das Lokal war zum Gedröhren voll. Der Geist unter den dortigen Arbeitern ist ein guter zu nennen. In Gotha konnte wegen Mangels eines geeigneten Lokals keine Versammlung stattfinden. Damit war die Agitationsreise beendet. Mögen die Parteigenossen an den benannten Orten treu weiter kämpfen als brave Männer der Arbeit!

Mit herzlichem Gruß

J. S. Klute.

Hamburg, 23. November. (Zur Straße der Buchbinder.) Partei- und Gemeindeglieder! Wie ihr aus Nummer 139 d. Bl. ersieht, befindet sich die Hamburg-Altonaer Buchbinder im Schritte. Klaut nicht, daß wir diesen Schritt aus Uebermuth gethan haben. Es war die bitterste Noth, welche uns zwang, auf diesem Wege uns Unterstützung zu verschaffen. Der Durchschnittslohn der hiesigen Buchbinder beträgt sich höchstens auf 15 Mark, und dabei haben wir 70 bis 80 verheirathete Kollegen. Wie weit ein Arbeiter mit diesem Hungerlohn, und namentlich, wenn er eine zahlreiche Familie zu ernähren hat, kommen kann, brauchen wir Euch nicht erst aneinander zu setzen. Unsere Reister versuchen alles Mögliche, um unsere Einigkeit und unsern Opferehr zu zersplittern. Doch sind alle ihre Ver-

mählungen bis jetzt an unserm festen Zusammenhalt gescheitert. Der Sieg muß uns endlich werden; dazu bedarf es aber der Hilfe aller guigeistigten opferwilligen Arbeiter. Deshalb Freunde und Parteigenossen, unterstützt uns, so gut, wie ihr könnt. Geldspendungen sind dringender nothwendig. Vor allen Dingen haltet und den Zusatz fern und laßt die Nachricht von unserm Schritte so viel wie möglich zu verbreiten. Auf Eure Hilfe fest vertrauend, zeichnet

Das Comité.
Geldspendungen sind zu adressiren an D. Fey, Hamburg, Steinstrahe 89, 2 Z.

Briefkasten.
Ich ersuche einen Parteigenossen in Einde, Provinz Hannover, um seine werthe Adresse.
A. Doige, St. Georg, Dairstr. 8, 2. Stage, Hamburg.
Hohenfelde-Burgfriede, Dreßler. Annonce zur Freitagsummer zu spät eingetroffen.
Frankfurt a. M. Die Postanweisung ist zu spät eingetroffen, um die gewünschten Remissionen der Annonce bemerken zu können.
Aus Günther, wie uns aufgegeben, in Hannover Sandgasse 10 wohnhaft, wird um genaue Angabe seiner Adresse ersucht, da ein an ihn gesandtes Paket mit Kalendern vom dortigen Postamt als unbestellbar bezeichnet wird.
Die Exp. des „N. S. D.“

Gesinnungsgenossen! Sonntag, 28. November, Vormittags 10 Uhr, Volksversammlung im großen Saale der Brauerei Twoli. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel. Erscheint zahlreich.

A n z e i g e n.

Berlin.
Arbeiterversammlungen:
Sonntag, 27. Nov., Ab. 8 Uhr.
1) Strauß's Bierhallen, ob. Saal.
2) Esfasserstr. 57 bei Joller.
Montag, 29. Nov., Abends 8 Uhr.
1) Mariannenstr. 31, Industriehallen.
Ein mittelaltliches Geseh der Reuzerl.
Vortrag des Herrn Deiland. Verschiedenes.
2) Landwehrstr. 11, bei Meister.
Der Untergang der Grundrissen. Vortrag des Herrn S. Lange. Verschiedenes.
Um zahlreiche Theilnahme wird gebeten.
(F. 29.) A. Heinrich. [3,00]

Hamburg. Montag, 29. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, im Gründungslokal bei W. Fid., gr. Rosenstr. 116.
Geschlossene Mitglieder-Versammlung der Maurer-Arbeiter und Erdarbeiter.
T.D.: Abrechnung der Fahnenweihe und Ball. Besprechung verschiedener Vereinsangelegenheiten.
(F. 20.) W. Flebersich. [2,80]

Altona. Montag, den 6. December, in Koppelman's Salon, gr. Rosenstr.,
Großes Concert und Ball, arrangirt von dem **Schneiderverein in Altona,** unter gefälliger Mitwirkung des Quartetts **Egalité.**
Die Festrede hält Herr Richter aus Wandstedt.
Karten 30 Pf., gültig für 1 Herrn nebst Dame. Kassenspreis 40 Pf.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Der Ueberstich ist zur Agitation und zur Parliamentswahlbestimmung.
Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.
(F. 1.) Das Comité. [4,20]

Hannover. Montag, 29. Nov., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Karten,
Große Volksversammlung.
T.D.: Die Besteuerung des Bieres und Petroleums. Ref.: Herr Reister.
Parteigenossen, scheut den Weg nicht und unter allen Umständen alle am Plage.
(F. 100.) H. Rudolph. [4,00]



Meinen geehrten Parteigenossen empfehle mein Uhrmacher-Geschäft. Reparaturen und neue Uhren unter mehrjähriger Garantie. (F. 110.) D. Ellinghausen, Uhrmacher, Alexanderstr. 44.

Berlin. Dienstag, 30. November, Abends 8 Uhr, bei Vogel, Alexanderstr. 31.
Öffentl. Versammlung der Berliner Zimmerer.
T.D.: Was sind politische, was ökonomische und gewerliche Angelegenheiten. Referenten: Otto Kapell und Carl Zinn.
Zimmerleute! erscheint zahlreich.
(F. 98.) Der Einberufer. [2,60]

Hamburg. Sonntag, den 4. Dezember, in Stadl's Etablissement, Valentinskamp 41,
Concert und Ball des Bau-, Land-, Erd- und Fabrik-Arbeiter-Vereins, unter Mitwirkung mehrerer Liebertafeln. Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Herrn A. Bebel.
Saaleröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Damenkarten 30 Pf. Karten sind an der Kasse zu haben.
Dazu werden sämtliche Mitglieder von nah und fern eingeladen.
(F. 1.) Das Comité. [3,60]

Barmbeck. Mittwoch, 1. Decbr., Abends 8 Uhr präc., bei Herrn Schulz am Markt,
Öffentliche Versammlung.
T.D.: Vortrag. (F. 89.) [1,60]
Jeder hat freien Zutritt.
C. Simon, Bartholomäustr. 1. n.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 1. Weihnachtstage bei Herrn Karten ein **Familienfest** stattfindet. Näheres später. — Etwasige Gaden für den Tannenbaum der Kinder nehme gern entgegen. H. Rudolph.

Den geehrten Genossen empfehle mein Uhren- und Reparaturen-Geschäft. [1,50] C. Thierstein, Kaiserstr. 48.
Den Parteigenossen empfehle mein **Schneider-Geschäft.** Stoffe zur Auswahl vorräthig. [2,00] Emil Goris, Odenbierstr. 35.

Berlin. Mittwoch, den 1. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr, bei Vogel, Alexanderstr. 31,
Mitgliederversammlung des Vuger-Clubs.
Vortrag des Herrn J. Winnen. — Verschiedenes und Jagelosen.
Alle Mann zur Stelle.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
(F. 58.) J. Dietrich. [2,20]

Allgemeine deutsche Schiffs-Zimmerer-Genossenschaft zu Hamburg.
Der in der am 18. Nov. 1875 auf dem Krankenhaus, Brook 69, konstituierenden Versammlung der Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Genossenschaft zu Hamburg gewählte Ausschuss hat erklärt hiermit, die ihm durch die Wahl zugetheilten Funktionen zu übernehmen.
(F. 100.) Der Ausschuss. [3,60]
Craff Hof, 1. Vorsitzender.
Johann Springhorn, II. Vorsitzender
Johann Kröger, I. Sekretair.
Hermann Behes, II. Sekretair.
Johann Bergeck, Beisitzer.

Barmbeck. Donnerstag, 2. Decbr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz in Barmbeck am Markt,
Öffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung.
Zugesandt: Vortrag über die industrielle Hausarbeit und die statistische Aufnahme der Fabrik- und Lohnverhältnisse der Cigarrenarbeiter.
Parteigenossen! Für diese Versammlung tüchtig agitiert.
(F. 89.) J. A. C. Simon. [2,60]

Englischleder-Anzüge (anerkannt beste Qualität) versenden kostenfrei gegen Postvorschuß Jaquet Nr. 17,00, Hose 9,50, in weiß 9,50, Weste Nr. 4,00, bestes Englisch-Leder per Meter Nr. 3,80. (F. 84.) [4,50]
Henry Isaacs u. Co., Altona, Al. Elbstr. 22, im alt. engl. Baden.

Meinen Parteigenossen und Kameraden hiermit die Anzeige, daß ich Gade vom Hosielerischen Kamp und der Hamburger Straße eine **Gastwirthschaft** [4,00] eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch. (F. 89.) Aug. Gläfer, Neur.

Berlin. Dienstag, 30. November, Abends 8 Uhr, bei d'Heureuse, Minierstr. 44,
Öff. Cigarrenarbeiter-Versammlung.
T.D.: Abrechnung. Vortrag des Herrn Reimer über Gewerbesteuer. Der Schritte in Walmd. Verschiedenes.
Die Kommission. [1,60]

Altona. Montag, den 29. November, in Koppelman's Salon, Gr. Rosenstr.,
Großes Arbeiter-Fest, verbunden mit **Concert und Ball, unter Mitwirkung des Quartetts „Egalité“,** arrangirt von den **Socialisten Altona's.**
Karten, gültig für einen Herrn nebst Dame 30 Pf. Damenkarten 15 Pf.
Karten sind zu haben bei G. Weins, Kirchenstr. 8; S. Schott, N. Freiheit 31; Kamigann, N. Freiheit 8; J. Wittmann, gr. Elbstr. 127; Rohrod, Gade der Bürger- und Holstenstr.; Peter Peterfen, Christianstr. 8; im Cigarrenladen neben Koppelman's Salon und im Cigarrenladen Gertritstr. 67.
Kaffe findet nicht statt.
Zu zahlreicher Theilnahme ladet ein
(F. 20.) Das Comité. [5,00]

Heide. Sonntag, 5. Dezember, in der Tonhalle,
Großes Arbeiter-Fest.
Alle Parteigenossen von nah und fern sind hierzu freundlichst eingeladen.
A. Seppert. [2,00]

Englischleder-Anzüge (anerkannt beste Qualität) versenden kostenfrei gegen Postvorschuß Jaquet Nr. 17,00, Hose 9,50, in weiß 9,50, Weste Nr. 4,00, bestes Englisch-Leder per Meter Nr. 3,80. (F. 84.) [4,50]
Henry Isaacs u. Co., Altona, Al. Elbstr. 22, im alt. engl. Baden.

Meinen Parteigenossen halte mein Lokal bestens empfohlen. Für gute Speisen und Getränke ist stets gesorgt. [2,50] C. Hildebrandt.

Berlin. Montag, den 29. Novbr., Abends 8 Uhr, in den Strätweller'schen Bierhallen,
Öffentliche Schuhmacherverammlung.
T.D.: Die Verhandlung der Berliner Schuhmacher-Gewerkschaft und die Verfolgungswahl unserer Gegner. Refer.: Unterzeichneter.
Stimmath. [1,80]

Altona. Dienstag, 30. Nov., Abends 7 1/2 Uhr, in Heinsohn's Salon,
Öffentliche Versammlung der Bau-, Land-, Erd- und Fabrik-Arbeiter.
T.D.: Welche Stellung nehmen die Arbeiter aller Branchen zu den Produktiv-Associationen ein? Referent: Herr Otto.
Alle Arbeiter oben genannter Branchen müssen am Plage sein.
(F. 20.) Cordes. [2,40]

Für Bremen und Umgegend. Weihnachtsbegeerung!
Parteigenossen! Der 1. Weihnachtstag d. J. wird unserseits, wie auch früher, abermals gefeiert werden, und zwar in folgender Weise: Gemüthliches Beisammensein in der Hermannshalle, Verloofung, Lokal- und Instrumental-Concert, so wie Festrede. Das unterzeichnete Comité fordert Euch, so wie alle unserer Sache auf, uns in jeder Beziehung, besonders durch Geschenke für die Verloofung unterstützen und erweisen zu wollen, sowie für die weiteste Verbreitung Sorge zu tragen.
Wir unserseits werden Alles thun, um durch glänzendes Arrangement das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.
Im Auftrage des Comité's:
(F. 67.) J. Rohrer. [4,00]

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig erschien und ist durch die Buchhandlung des „Neuen Social-Demokrat“ in Berlin zu beziehen:
Der arme Conrad.
Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1876.
In 12 Bogen (circa 100 Seiten) wird dieser Kalender außer dem protestantischen, katholischen und griechischen Kalender mit dem Gesichtskalender — Wetterregeln — Auf- und Untergang von Sonne und Mond, Tageslänge, Planetenercheinungen — Verzeichniß der Feste und Märkte — Gedichte — Sinnprüche — Anekdoten u. s. w. enthalten: Beiträge von Rob. Schweißel (eine Novelle: Florian Geys's Hebeland), Joh. Fh. Becker, Joh. Rost, J. W. Frischauf, Wih. Riednecht, W. Hasselmann, C. Hirsch, K. Geib.
Illustrationen: Ein Titelbild, die Stiftung des Bruderbundes, „der arme Conrad“ darstellend; die Bildnisse von Hof und Hermann; eine Kusterkolonie von Owen; Monatsvignetten.
Alle diese Illustrationen sind von berühmten Künstlern gezeichnet und in Holz geschnitten.
Bei dieser gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gebunden nur 40 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 60 Pf. gegen Baar oder Postvorschuß.
Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar 10 Pf. Porto gleich der Bestellung in Briefmarken beizulegen.
Postvorschuß und unfrankirte Sendung verbleiben die Verierung.
Nur gegen Baarzahung oder Postnachnahme kann geliefert werden.
Auf Posten von 1 Th. aufwärts berechnen wir:
brochürt 25 Pf. pro Stück) netto gegen Baar.
gebunden 40 „ „ „ „)
Berlin im Oktober 1875.

Berlin. Dienstag, den 30. November, Sophienstr. 15,
Gesellige Abend-Unterhaltung, des Vereins der Berliner Schmiedegesellen, bestehend aus humoristischen **Vorträgen aus Schiller's und Reuter's Werken,** in plattdeutscher Sprache. Vortragender: Herr Unterhaub.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Entrée 10 Pf. incl. Frauen und Kinder.
Der Ueberstich ist zur Agitation bestimmt.
(F. 109.) J. Jacob. [4,00]

Altona. Montag, 29. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ehler, Nordberstraße,
Mitgliederversammlung des Allg. Tischler- (Schreiner-) Vereins.
Wegen wichtiger Tagesordnung alle erscheinen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
In Zukunft jeden Montag in oben genanntem Lokal Versammlung.
(F. 20.) Der Bevollmächtigte. [2,80]

Bremen. den 28. November, Soirée der Partie Liberté.
Anfang 5 Uhr.
Im zahlreichen Zuspruch ersucht
(F. 67.) Die Direction. [2,00]

Die Buchhandlung des „Neuen Social-Demokrat.“ Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Öffentl. Versammlung aller in Friedrichsberg, Friedrichsfelde, Lichtensberg, Weichensee, Nimmelsberg und Stralau wohnenden Zimmerleute
Sonntag, 28. Nov., Vormittags 9 1/2 Uhr, in Friedrichsberg im Reusfäßigen Volksgarten (Christ's Salon) Frankfurter Chaussee.
T.D.: Wie ist es möglich, die Lage der Zimmerleute zu verbessern? Referent: D. Kapell.
Alle Kameraden werden freundschaftlich zu dieser Versammlung eingeladen.
(F. 98.) Der Einberufer. [3,80]

Altona. Dienstag, den 30. Novbr., Abends 9 Uhr, im Verlehr,
Mitgliederversammlung des Allg. deutsch. Schneider-Vereins.
Tagesordn.: 1) Abrechnung. 2) Urabstimmung über 8 9 Abst. 2. 3) Botenwahl. 4) Verschiedenes wichtige Punkte.
(F. 20.) C. Reinhold, Ven. [2,20]

Bremerhaven. Montag, 29. dfo., Abends 8 1/2 Uhr, in den unteren Räumen des Colosseums, Parteiversammlung.
T.D.: Vorschlag der Agenten u. s. w. Um zahlreiche Theilnahme bittet
Der prooff. Agent. [1,40]

Volks-Kalender für 1876.
120 Seiten gr. 4. Gebietet 50 Pf., mit Schreibpapier durchschossen und gebunden 75 Pf.
Inhalt:
Kalendarium mit protestantischem und katholischem Kalender, Auf- und Untergang von Mond und Sonne, Tageslänge, Planetenercheinungen, Blüten-, Schreib- und Gesichtskalender. — Astronomische Mittheilungen. — Tabellen: zur Stellung einer Uhr; über Ebbe und Fluth der Nordsee; zur Vergleichung der Rängen, Maße und Gewichte; Korn- oder Fruchtrechnung nach altem und neuem Gelde; Zinsabelle; neuer Portotarif; Wechselstempel; Trägheitstabelle. — Einige Data der neueren Geschichte. — Statistisches. — Ereignisse-Kalender. — Vermischtes. — Der Kartoffelkäfer; — Die Drehtauheit der Schafe. — Die Reblaus, mit 8 Abbildungen. — Anekdoten und Miscellen. — Gedichte: Der Raubhug; von Nic. Senau; Brot, nach Pierre Dupont von J. Freiligrath; Der deutsche Kaiser, von Hoffmann von Fallersleben. Neue Götter und alte Weiden, von Karl Bed; Sonntagseiler, von Bruh; Jahr aus Jahr ein, von Goethe; Schwindelhaber, von Ludwig Uhland; Karl I., von Heinrich Heine; Katerjation, von Goethe. — Beiträge von **Bernhard Becker**: Der Trüffelbau und das Trüffelwunder. — Das allgemeine Stimmrecht. — Die Einrichtung von Fercé, Rassel und Bourgeois. — Die Eingeborenen Australiens. — Sitten der Indianer. — David Livingstone. — Aus dem Privatleben des Generals Sarterre. — Die Turcomanen. — Von Dr. **A. Otto-Walster**: Ein Gesellschafts-Ketter. — Eine zeitgemäße Geschichte. — Aus dem Leben einiger von Gottes Gnade. — Von **J. W. Frischauf**: Genetkologie, die Umwegen der Revueit. — Von **Joh. Rost**: Wer verurtheilt die menschlichen Krankheiten? — Von **August Geib**: Neue Sprüche. — Von **W. Braude**: Das Spectrum, mit 2 Figuren.
Wessen und Märkte. Das Verzeichniß bezieht die preussischen Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Rünster, Minden, Kassel, Wiesbaden und Schwesing-Dorfstein, die Länder Braunschweig, Anhalt, Thüringen, Württemberg, beide Bisp., Lauenburg, beide Mecklenburg, unsere drei Hansestädte, die Landdrostieien Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück und Kurid, die russischen Lande, Sachsen-Hessen und das gesammte Thüringen, sowie die Hauptstädte des übrigen Deutschlands **insgesamt 2000 Markorte.**
Wiederverkäufer erhalten Rabatt, indem direct von der Verlagsbuchhandlung zu folgenden Preisen in Partien abgegeben werden:

Hamburg. Dienstag, 30. November, Abends 8 Uhr, in Stadl's Etablissement, Valentinskamp 41,
Öffentliche Arbeiterversammlung.
Tagesordnung: Vortrag.
(F. 1.) A. Hörig. [1,80]

Lübeck. Montag, 29. Nov., 8 1/2 Uhr Abends, bei Hildebrandt,
Öffentliche Mitgliederversammlung der Socialist. Arbeiterpartei.
T.D.: 1) Der Socialismus und seine Gegner. 2) Die Thätigkeit des Reichstages und die Arbeiter-Abgeordneten.
Referent: Herr Schwarz.
K. Steffen. [1,80]

Gebietet 10 St. 4 M., 100 St. 30 M.
Gebunden 10 St. 6 M. 50 Pf., 100 St. 55 M.
Es wird indeß nur gegen baar oder Postvorschuß abgegeben.
Der Kalender eignet sich besonders zum Vertriebe in Kreisen, in denen man sonst — der Wessen und Märkte wegen, oder bergl. — gegnerische Lokalkalender vorzieht.
Braunschweig. (F. 108.) [20,00] W. Braude jr.